

***Damit das Leben  
bezahlbar bleibt.***

**SSW** 

***Jetzt erst recht!***

Kommunalpolitische Leitlinien des SSW  
zur Kommunalwahl am 14. Mai 2023

Diskutiert und beschlossen auf den Hauptausschuss-Sitzungen  
am 20.11.2022 und 07.02.2023 sowie dem außerordentlichen  
Landesparteitag am 25.03.2023.





**SSW Landesverband**

Norderstr. 76

24939 Flensburg

Telefon 0461-144 08 310

[www.ssw.de](http://www.ssw.de)

Fotos: Martin Ziemer, Pixabay

Grafik, Layout: SSW Presseabteilung

Druck: Druckerei Nielsen, Flensburg

V.i.S.d.P.: SSW Landesverband, Christian Dirschauer

# Inhalt

<b>Der SSW ist die regionale Alternative für den Norden</b>	4
<b>Regionale Antworten auf die globalen Herausforderungen</b>	5
<b>Der SSW übernimmt Verantwortung in den Kommunen im Norden</b>	6
<b>Für diese kommunale Politik steht der SSW von 2023 bis 2028</b>	7
<b>Wir wollen, dass das Leben in den Kreisen und Kommunen bezahlbar bleibt</b>	8
<b>Wir wollen die Gleichstellung der Angebote für die Minderheiten</b>	9
<b>Wir wollen eine soziale Gemeinschaft mit mehr Gemeinwohlorientierung</b>	10
Kommunale Daseinsvorsorge erhalten und stärken	10
Medizinische Angebote und Pflegesituation erhalten und verbessern	11
Mehr Angebote für Kinder und Jugendliche	11
Bessere Strukturen für das Ehrenamt	12
Lokalen Katastrophenschutz ernst nehmen	12
Integration von Geflüchteten und Migrant:innen verbessern	13
Mehr Wohnraum in den Kommunen schaffen	14
Arbeitskräftemangel bekämpfen	14
<b>Wir wollen, dass Kreise und Kommunen den Umwelt- und Klimaschutz ernst nehmen</b>	15
Öffentliche Verkehrsmittel attraktiver machen	16
Regionale Wärmenetze ausbauen	17
Langfristige Sanierungsstrategien für bestehende Gebäude entwickeln	17
Solarenergie planbar ausbauen	18
Fahrradinfrastruktur modernisieren und ausbauen	18
Umweltschutz mit den Menschen	19
<b>Wir wollen bürgernahe und transparente Kommunen</b>	20
<b>Wir wollen kommunale Finanzpolitik mit sozialem und kulturellem Augenmaß</b>	21
<b>Zur Kommunalwahl gehen und SSW wählen – Kernforderungen</b>	22



# Der SSW ist die regionale Alternative für den Norden



Die Kommunalwahlen am 14. Mai 2023 finden statt im Schatten des russischen Angriffs- kriegs auf die Ukraine, der schwersten internationalen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur die Menschen in der Ukraine sind davon katastrophal betroffen – auch bei uns spürt die Bevölkerung durch Inflation und hohe Energie- und Wohnungspreise die Folgen dieses unverantwortlichen Krieges. Gerade die Kreise und Kommunen müssen viele dieser Probleme vor Ort schultern – dabei ist es dringend notwendig, endlich auch die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen.

Als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen wissen wir, wie wichtig es ist, dass das Leben in der Region für die Menschen bezahlbar bleibt, die soziale Sicherung auf hohem Niveau erhalten bleibt und wir den Klimawandel ernst nehmen. Dies sind die Lebensgrundlagen für uns im Norden – ob Mehrheit oder Minderheit. Deshalb vertritt der SSW seit jeher nicht nur die engeren Interessen des dänischen und des friesischen Bevölkerungsteils, sondern ergreift die Initiative, um regionalpolitische und allgemeine gesellschaftspolitische Probleme in den Kommunen zu lösen. Dabei orientiert sich der SSW in vielen Bereichen an skandinavischen Vorbildern, beispielsweise in der Sozial-, der Energie- oder der Klimapolitik. Dies gilt auch, wenn es darum geht, welche Aufgaben die

Kommunen vor Ort lösen sollten. Der SSW hat gute Antworten auf die vielen drängenden Fragen, die unsere Kommunen bewegen. Seit 2021 ist der SSW wieder im Bundestag und seit 2022 wieder mit einer starken Landtagsfraktion in Kiel vertreten. Diese neue Stärke des SSW gilt es auch in den Kreisen und Kommunen zu festigen. Unter dem Motto „SSW – Damit das Leben bezahlbar bleibt“ gehen wir voller Selbstbewusstsein in den Wahlkampf. Der SSW ist und bleibt die regionale Alternative für die Menschen im Norden.



# Der SSW übernimmt Verantwortung in den Kommunen im Norden



Der SSW ist als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen eine unabhängige Kraft, die keinem der politischen Blöcke angehört. Politische Zusammenarbeit beruht für uns auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten, sachlicher Überzeugungsarbeit und nicht auf machtpolitischen Erwägungen.

Den SSW gibt es seit 75 Jahren – seit 1948 - nur im Norden, daher treten wir auch nur im nördlichen Landesteil mit eigenen Kandidat:innen an. Wir machen Politik für uns hier oben im Norden. Unsere Kommunalpolitiker:innen sind immer bereit, mit allen demokratischen Parteien oder politischen Strömungen konstruktiv und pragmatisch zum Wohle der Bürger:innen zusammen zu arbeiten. Sie sind lokal verwurzelt, sie sind bürger-nah und kennen die Probleme vor Ort.

Bei den Kommunalwahlen ist der SSW traditionell überall dort stark, wo es auch eine dänische Minderheit gibt oder Friesen beheimatet sind. Unsere politischen Ergebnisse der letzten fünf Jahre sind beachtlich: Überall, wo wir politische Mitverantwortung tragen, haben wir Gutes für die Menschen bewegen können. Diese Erfolge wollen wir fortführen, sowohl in den kreisfreien Städten Flensburg und Kiel wie in den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde wie auch in den größeren Städten und Kommunen des Landesteils Schleswig und auf der Insel Helgoland.

Der SSW hat eine lange Tradition darin, in den Kommunen des nördlichen Landesteils politisch mitzubestimmen und seinen Einfluss geltend zu machen. Der SSW kann auf fast 180 fähige Kommunalpolitiker:innen in den Kreisen, Städten und Gemeinden des ganzen Landesteils Schleswig zählen. Der SSW ist eine ausgeprägte kommunale Partei, die in den vergangenen Jahrzehnten als unabhängige regionale Kraft immer eine wichtige Rolle in den Kommunen des Landesteils gespielt hat. Wir wollen auch in Zukunft Verantwortung übernehmen, um die Geschicke der Kommunen zum Wohle der Bürger:innen aktiv mitzugestalten

Damit der SSW seine erfolgreiche Politik aus Bundestag und Landtag auch in den Kreisen und Kommunen des Landesteils Schleswig, in Kiel und auf der Insel Helgoland weiterführen und seine politischen Ziele umsetzen kann, muss er so stark wie möglich in den kommunalen Gremien vertreten sein. Das Wahlziel des SSW ist es, mindestens drei Prozent der Stimmen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv. Denn Klimaneutralität erreichen wir nur durch eine flächendeckende Energiewende, an der alle Menschen teilhaben können.



# Regionale Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit

Die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt, dass die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit weiterhin von überragender Wichtigkeit für die Bürger:innen in Schleswig-Holstein sind. Seit Jahren ist die Weltgemeinschaft in einem Dauerkrisenmodus, der auch die Bürger:innen in Schleswig-Holstein betrifft.

Als regionale Minderheitenpartei mit einem sozialen und umweltbewussten Anspruch versuchen wir schon

seit langem, Antworten auf die vielen Krisen unserer Zeit zu finden und unsere Vision einer besseren Welt darzulegen. Dabei sind die 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) unser Maßstab. Zu ihrer Umsetzung zeigt das Konzept der Gemeinwohlokonomie Lösungen auf. Auf dieser Grundlage will der SSW regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen.

## ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



# Für diese kommunale Politik steht der SSW von 2023 bis 2028



In unseren Leitlinien für die Jahre 2023-2028 erfährst Du,  
welche übergeordneten politischen Ziele unsere Kommunalpolitiker:innen  
in den nächsten fünf Jahren verfolgen werden.



**Christian Dirschauer**  
SSW-Landesvorsitzender



# Wir wollen, dass das Leben in den Kreisen und Kommunen bezahlbar bleibt



Die Inflation in Deutschland ist mit zeitweise über 10% auf dem höchsten Stand seit den siebziger Jahren. Die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Energiepreise belasten viele Haushalte enorm. Gerade in Schleswig-Holstein sind viele Menschen von diesem dramatischen Preisanstieg stark betroffen, da Löhne und Gehälter hier im Bundesvergleich unterdurchschnittlich sind.

Die stark gestiegenen und weiter steigenden Lebenshaltungskosten machen sich auch in den Kommunen bemerkbar. Der SSW steht weiterhin zu seinem Versprechen, dass das Leben im Norden bezahlbar bleiben muss. Hierzu müssen auch die Kommunen ihren Beitrag leisten.

Die Kommunen stehen in der Verantwortung, die Existenzängste der Bürger zu bewältigen, sei es durch umfassende Beratungsangebote für die Hilfen von Bund und Land oder durch eigene Sozialprogramme. Gleichzeitig müssen sie an den eigenen Stellschrauben drehen.

Kommunalpolitik muss überall agieren, wo es möglich ist, etwa bei den Preisen der kommunalen Energieversorger oder anderen kommunalen Gebühren, die gesenkt werden können. Gerade in diesen Zeiten ist es uns wichtig, die Bürger:innen von kommunaler Seite zu unterstützen und zu entlasten.

- **Wir wollen** kostenlose Kita-Plätze. Bis dieses langfristige Ziel umgesetzt werden kann, müssen Übergangsmodelle angestrebt werden, z. B. ein kostenfreies letztes Kita-Jahr.
- **Wir wollen** die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in allen Kommunen.
- **Wir wollen** eine Absenkung der kommunalen Grundsteuer
- **Wir wollen** einen kostengünstigeren ÖPNV, etwa durch Sozialpässe für Menschen mit geringem Einkommen.
- **Wir wollen** bezahlbare Energietarife von kommunalen Energieversorgern
- **Wir wollen** kostenfreie oder günstige Kulturangebote, z. B. durch ein „Kulturticket“
- **Wir wollen** einen kostenfreien ÖPNV für junge Menschen (Schüler, Azubis, Studierende etc.).

# Wir wollen die Gleichstellung der Angebote für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe



Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist eine Besonderheit des Nordens. Das Miteinander von deutscher, dänischer und friesischer Kultur und der Kultur der Sinti und Roma gibt unserer Region einen kulturellen Reichtum, der in Deutschland einzigartig ist. Er bereichert nicht nur das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein, sondern ist auch für Touristen und andere Gäste interessant. Die kulturelle Vielfalt lebt aber nicht von selbst. Sie muss geschätzt, gepflegt und auch finanziell gefördert werden.

Gerade die Kommunen im Norden haben eine besondere Verantwortung für die Minderheitenpolitik, weil hier das natürliche Miteinander von Minderheit und Mehrheitsbevölkerung gelebt wird. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen sehr hohen Stellenwert. Der SSW setzt sich dafür ein, dass alle Kommunen im Norden eine vorbildliche Minderheitenpolitik führen.

Der Schutz und die Förderung von nationalen Minderheiten ist in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung festgeschrieben und gilt ebenso für die Kommunen des Landes. Darum müssen die Schulen der dänischen Minderheit und deren weitere Angebote finanziell den öffentlichen Schulen und Angebote gleichgestellt werden.

- **Wir wollen** die finanzielle Gleichstellung der offenen Ganztagsangebote der dänischen Schulen.
- **Wir wollen** die kommunale Mitfinanzierung des Ausbaus dänischer Kindergärten und Schulen.
- **Wir wollen** die finanzielle Gleichstellung der dänischen und friesischen Kulturangebote.
- **Wir wollen** die finanzielle Gleichstellung der Angebote der dänischen Bibliothek.
- **Wir wollen** die finanzielle Gleichstellung der dänischen Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen
- **Wir wollen** eine größere Förderung der Minderheitensprachen in den kommunalen Verwaltungen im Landesteil Schleswig. Internetauftritte sollen um ein dänisch- oder friesischsprachiges Angebot erweitert sowie vermehrt Beschäftigte mit Kenntnissen von Minderheitensprachen eingestellt werden.
- **Wir wollen** zweisprachige Ortsschilder und Wegweiser in weiteren Gemeinden im nördlichen Landesteil.
- **Wir wollen** eine Vertiefung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit in den grenznahen Kreisen und Kommunen.



# Wir wollen eine soziale Gemeinschaft mit mehr Gemeinwohlorientierung und weniger Profitdenken



Unsere derzeitige Wirtschaftsordnung belohnt unsoziale Verhaltensweisen wie Konkurrenzdenken, Gier und Egoismus. Diese stehen im Widerspruch zu den Werten unseres täglichen Lebens wie Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Traditionell vertritt der SSW eben diese Werte, die ein gutes Leben für alle bedeuten.

Anstelle des ausschließlichen Profitdenkens in weiten Teilen der Wirtschaft setzen wir uns für mehr Gemeinwohlorientierung ein. So sollten Unternehmen künftig auch daran gemessen werden, wie sie zum Gemeinwohl beitragen. Dies gilt besonders für kommunale und städtische Betriebe sowie für die Städte und Gemeinden selbst.

Der SSW tritt für eine echte soziale Gemeinschaft ein, für deren Wohlergehen und Erfolg man sich verantwortlich fühlt und in der man sich gegenseitig umeinander kümmert und füreinander einsteht. Nur so kann ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden. Dies funktioniert nur, wenn alle Menschen faire Arbeitsbedingungen (u.a. in der Tourismusbranche, der Gastronomie, auf Schlachthöfen und in anderen Großbetrieben) haben und sie von ihrer Arbeit gut und vernünftig leben können.

## Kommunale Daseinsvorsorge erhalten and stärken

Kommunalpolitik ist kein Selbstzweck; sie soll vor Ort, im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen, entscheiden und verwalten. Dazu gehört eine kommunale Daseinsvorsorge, welche die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen für jeden bereitstellen kann. Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung dieser kommunalen Daseinsvorsorge ein, sie muss in öffentlicher Hand bleiben.

- **Wir wollen** keine Privatisierung von Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen.
- **Wir wollen** keine Privatisierung von Stadtwerken, der Strom- und Wärmeversorgung oder anderen öffentlichen Einrichtungen.
- **Wir wollen** keine Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP)
- **Wir wollen** Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die Tariflöhne zahlen.
- **Wir wollen** einen weiteren Ausbau der Kitabetreuung von unter Dreijährigen.

## Medizinische Angebote und Pflegesituation erhalten und verbessern, insbesondere im ländlichen Raum

Die besonderen Rahmenbedingungen Schleswig-Holsteins mit dünn besiedelten ländlichen Räumen und einer überdurchschnittlich älter werdenden Bevölkerung stellen die Gesundheitsversorgung vor besondere Herausforderungen. Die medizinische und pflegerische Versorgung konzentriert sich in städtischen Regionalzentren, doch auf dem Land gibt es nur

eine spärliche Gesundheitsversorgung vor allem in Spezialgebieten. Die Einzugsbereiche von medizinischen und Pflegeeinrichtungen sind groß und die Anfahrtswege lang.

Der wachsende Anteil älterer Menschen, teilweise mit Multimorbidität, führt zu einem höheren Versorgungsbedarf. Gleichzeitig erschwert die geringere Anzahl an Kindern und Jugendlichen das wirtschaftliche Betreiben von kinderärztlichen Praxen oder Kinderstationen. Zur Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land muss das medizinische und pflegerische Angebot insbesondere im ländlichen Raum verbessert werden. Gesundheit und Lebenserwartung dürfen nicht vom Wohnort abhängen.

Dafür bedarf es kreativer Lösungen, mehr Flexibilität und einer engeren Zusammenarbeit aller Akteure. Die Kommunen besitzen in diesem Bereich wenig Gestaltungsspielraum: Sie können lediglich Rahmenbedingungen schaffen und Anreize bieten, z. B. durch Angebote von Räumlichkeiten zur Einrichtung von Praxen, Sonderkonditionen oder Freigabe von Baugrundstücken. Wo sich keine Haus- oder Fachärzt:innen niederlassen wollen, haben Kommunen oder Kreise die Möglichkeit, durch den Ankauf von KV-Sitzen kommunale MVZs zu gründen und zu betreiben und so selbst Arbeitgeber:in von Ärzt:innen und Pflegepersonal zu werden

• **Wir wollen** eine Aufweichung der strikten Trennung zwischen ambulantem und stationärem Bereich sowie einen besseren Übergang von der Klinik in die ambulante Versorgung bzw. in Pflegeeinrichtungen.

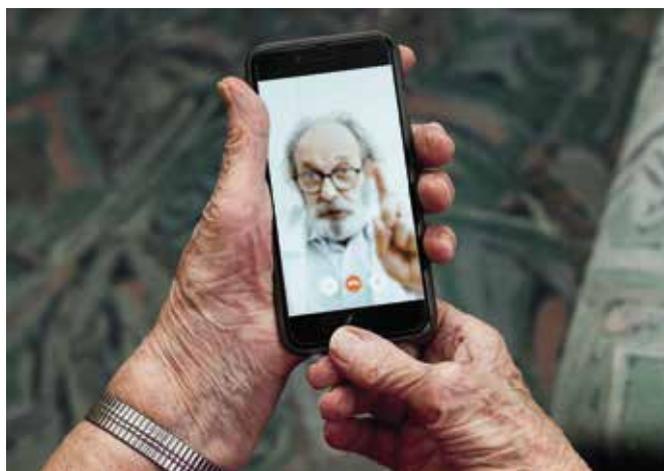
• **Wir wollen** die Digitalisierung im Gesundheitsbereich vorantreiben, vor allem zur Vernetzung von Patientendaten für die unterschiedlichen medizinischen und pflegerischen Versorger.

• **Wir wollen** die Telemedizin ausbauen, gerade in ländlichen Räumen.

• **Wir wollen** die Wiedereinführung von Gemeindeschwestern und -pflegern zur medizinischen und pflegerischen Grundversorgung in ländlichen Räumen.

• **Wir wollen** die Etablierung kommunaler Arztpraxen

• **Wir wollen** kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung, um eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Amt-sangehörige Gemeinden können sich diese Position teilen.



## Mehr Angebote für Kinder und Jugendliche

Die Sicherstellung von guten Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihren Familien gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Eine gute Kinder- und Jugendpolitik sichert die Chancengleichheit und eine gesunde Entwicklung der Jüngsten in unserer Gemeinschaft. Eine gut ausgestattete und wache Kinder- und Jugendhilfe ist auch der beste Weg, um die Kleinsten vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen.



- **Wir wollen** mehr Personal für Jugendämter, Schulbegleitung und Schulsozialarbeit, damit Inklusion und Kinderschutz nicht nur Schlagwörter bleiben, sondern tatsächlich umgesetzt werden.
- **Wir wollen** einen eigenen Sitz im Jugendhilfeausschuss für Kinder und Jugendliche.
- **Wir wollen** keine Sparmaßnahmen bei Angeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien.
- **Wir wollen** bessere Angebote für Jugendliche im ländlichen Raum.
- **Wir wollen** städtische Sportplätze ausbauen und der Bevölkerung auch in deren Freizeit zugänglich machen.
- **Wir wollen** Sportvereine unterstützen und stärken.
- **Wir wollen** vereinsunabhängige Sportangebote wie Skaten, Schwimmen oder Squash ausbauen.
- **Wir wollen** mehr Kulturangebote für Jugendliche nach Vorbild der „8 Night“ in Kiel.
- **Wir wollen** einen kostenfreien ÖPNV für junge Menschen (Schüler, Azubis, Studierende etc.) und einen Ausbau von Nachtbus-Angeboten.
- **Wir wollen** mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen, Auszubildende und Studierende.



## Bessere Strukturen für das Ehrenamt

Unsere Gesellschaft lebt vom sozialen Engagement vieler Menschen im Ehrenamt wie den freiwilligen Einsatz in Sportvereinen, der Feuerwehr, der kommunalen Politik und anderswo. Die Zahl der Menschen, die sich in ihrer Freizeit freiwillig engagieren, geht jedoch leider stark zurück. Um das Ehrenamt zu stärken, müssen die kommunalen Strukturen für die freiwillige Arbeit verbessert und eine bessere Unterstützung durch das Hauptamt gewährleistet werden.

- **Wir wollen** die flächendeckende Etablierung von Ehrenamtskoordinator:innen in den Kommunen.
- **Wir wollen** ein besseres Freiwilligenmanagement nach dem niederländischen „5xB-Modell“.

## Lokalen Katastrophenschutz ernst nehmen

Krisen und Katastrophen werden uns in Zukunft vor neue und sich verändernde Herausforderungen stellen. Darum ist eine flächendeckende Verbesserung des Katastrophenschutzes auf kommunaler Ebene notwendig. Die Kommunen müssen das Katastrophenrisiko verstehen und die Institutionen stärken, um dieses Risiko zu steuern. Hierfür ist ein ganzheitlicher strategischer Ansatz notwendig, um in Vorsorge zu investieren sowie Katastrophen und Krisen besser bewältigen zu können.

- **Wir wollen** die Entwicklung kommunaler Strategien für den Katastrophenschutz.
- **Wir wollen** kommunale Investitionen in die Katastrophenvorsorge, um die Widerstandsfähigkeit zu stärken.
- **Wir wollen** eine bessere Vorbereitung auf den Katastrophenfall und den Wiederaufbau.
- **Wir wollen** mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz.



## Integration von Geflüchteten und Migrant:innen verbessern

Wir empfinden es als Selbstverständlichkeit und moralische Pflicht, verfolgten, entwurzelten und geflohenen Menschen zu helfen. Im letzten Jahr kamen insbesondere viele Geflüchtete aus der Ukraine zu uns nach Schleswig-Holstein. Wir wollen diese Menschen nicht nur dulden, sondern ihnen Leben, Arbeit und demokratische Teilhabe ermöglichen. Wir stehen für die Weiterentwicklung einer humanen Willkommenskultur für Geflüchtete, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

- **Wir wollen** kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten für Geflüchtete aller Altersgruppen.
- **Wir wollen** mehr Sprachkurse
- **Wir wollen** einen bedarfsgerechten Ausbau und eine kontinuierliche Förderung des kostenfreien Unterrichts von Deutsch als Zweitsprache (DaZ).
- **Wir wollen** eine einfachere Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen.

- **Wir wollen** unbürokratische Arbeitsvermittlung, vor allem in Bereichen mit Arbeitskräftemangel.
- **Wir wollen** die Einrichtung kommunaler Integrationsbeiräte, um dadurch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung und die Integration zu verbessern.
- **Wir wollen** niedrigschwellige Hilfen wie Migrationssozialberatung, Traumapädagog:innen und psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche.
- **Wir wollen** eine ausreichende Finanzierung der Flüchtlingsarbeit vor Ort durch Bund und Land.
- **Wir wollen** kommunale Migrations-Koordinator:innen und zentrale Ansprechstellen für Migrant:innen und in diesem Bereich tätige Ehrenamtler:innen.
- **Wir wollen** eine bessere Informationssammlung, Vernetzung und Bündelung der kommunalen Hilfsangebote.



## Mehr Wohnraum in den Kommunen schaffen

Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Bereits jetzt haben viele Menschen erhebliche Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden; dies betrifft vor allem Menschen mit Behinderungen oder junge Menschen in Ausbildung oder Studium, sowie Rentner mit niedriger Rente.

Darum sollen Kommunen mehr Geld für Soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellen und von Mieter:innen, welche die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen überschreiten, eine Fehlbelegungsabgabe erheben können, um mit diesen Einnahmen weiteren sozialen Wohnraum zu schaffen. Nach der kurzfristigen Privatisierung kommunaler Wohnungen um die Jahrtausendwende, die zum Wohnungsmangel entscheidend beigetragen hat, setzen wir uns dafür ein, zu diesem bewährten Modell zurückzukehren.



- **Wir wollen** die (Wieder-)Gründung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften vorantreiben.
- **Wir wollen** Konzepte wie „Housing First“ aus Finnland umsetzen, um Wohnungslosigkeit gezielt zu bekämpfen.
- **Wir wollen** die Stärkung der Frauenhauseinrichtungen, sowie die Bereitstellung oder den Bau von geeigneten Immobilien.
- **Wir wollen** Bauvorschriften zur Barrierefreiheit aufrechterhalten; sie dürfen nicht wegen einer erhöhten Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden.

- **Wir wollen** mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, junge Menschen, Auszubildende und Studierende, für Rentnerinnen und Rentner.
- **Wir wollen** die Möglichkeit der Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe.
- **Wir wollen** Wohngenossenschaftsmodelle und soziale Wohnprojekte fördern.
- **Wir wollen** Wohnungsrenovierungen und -neubauten ganzheitlich, energieeffizient und generationengerecht planen und umsetzen.
- **Wir wollen** alternative Wohnformen wie Micro-Housing, Tiny Houses, Hofgemeinschaften oder Ökodörfer fördern.
- **Wir wollen** mehr Wohnprojekte fördern, die Menschen in Not einen einfachen Zugang zu Wohnraum ermöglichen, wie z.B. Frauenschutzwohnungen.

## Arbeitskräftemangel bekämpfen

In allen Branchen von der Pflege bis zum Handwerk machen sich der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel bemerkbar. Kommunen sollen Anreize schaffen, damit junge Menschen Ausbildungsberufe wieder höher wertschätzen. Eine solche Berufsausbildung soll einem Studium gleichgestellt werden. Beim bezahlbaren Wohnraum und kostenfreien ÖPNV muss auch an die Auszubildenden gedacht werden. Auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt wollen wir weiter stärken. Alle Menschen sind Teil der Gesellschaft und können einen wichtigen Beitrag leisten, um dem Arbeitskräftemangel zu reduzieren.

- **Wir wollen** eine bessere Öffnung des ersten Arbeitsmarkts für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.
- **Wir wollen** Mindestlohn für Menschen, die in „Behindertenwerkstätten“ arbeiten, damit sie ein würdevolles und eigenständiges Leben führen können.
- **Wir wollen** neue Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

# Wir wollen, dass Kreise und Kommunen den Umwelt- und Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung ernst nehmen



Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechend vorsorgen und uns anpassen. Die bisher angestrebten Klimaschutzmaßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Sollte es uns nicht gelingen, baldmöglichst die Klimaneutralität zu erreichen, werden Wetterextreme zunehmen und der Meeresspiegel deutlich ansteigen. Auch und gerade Kommunen können und müssen nach dem Grundsatz „global denken, lokal handeln“ Schritte ergreifen, um die Strom-, Wärme- und Mobilitätswende effektiver voranzutreiben und zu vollenden.

Unser Ressourcenverbrauch und der damit einhergehende Energiehunger haben die Erderwärmung maßgeblich beschleunigt, mit katastrophalen Folgen für Natur und Mensch. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, bedarf es gewaltiger gemeinschaftlicher Anstrengungen – lokal, regional, national und global.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen bildet mit ihren 17 UN-Nachhaltigkeitszielen den globalen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kommunen sich durch die Unterzeichnung der Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zu einer nachhaltigen Entwicklung bekennen und diese im Sinne des Gemeinwohls vorantreiben. Als Faire Partei wollen wir auch den Fair-

Trade-Gedanken weiter voranbringen und uns dafür einsetzen, dass weitere Kommunen den Status einer Fair-Trade-Kommune anstreben.

## Öffentliche Verkehrsmittel attraktiver machen

Nachhaltige Mobilität ist unser Ziel, doch unsere Lebensumstände machen uns oft abhängig vom motorisierten Individualverkehr: Wer im ländlichen Raum wohnt, eine weit entfernte Schule besucht oder einen Sportverein am anderen Ende der Stadt hat, benötigt meist ein Auto, um ans Ziel zu kommen.

Um die Menschen zum Umsteigen auf Bus und Bahn, Radfahren und Zufußgehen zu bewegen, muss die Attraktivität des ÖPNV deutlich verbessert und die Mobilitätswende endlich ernsthaft angegangen werden. Innerhalb der Städte sollen Stadt- oder Straßenbahnen stärker berücksichtigt werden, außerdem müssen bestehende Rufbus Angebote zu einem zukunftsweisenden On-Demand-Verkehr als „Rufbus des 21. Jahrhunderts“ ausgebaut werden, wie er im Amt Süderbrarup oder der Stadt Rendsburg bereits erfolgreich durchgeführt wird. Besonders im ländlichen Raum kann der On-Demand-Verkehr in den Abendstunden und am Wochenende teure Taxifahrten ersetzen.



Bei Straßenfahrzeugen müssen erneuerbare Energien zukünftig die Antriebsgrundlage bilden. Hierfür brauchen wir den weiteren Ausbau von Ladesäulen für E-Fahrzeuge sowie den Aufbau eines Netzes von Wasserstofftankstellen

- **Wir wollen** den öffentlichen Verkehr ausbauen, verdichten und besser mit anderen Verkehrsmitteln vernetzen.
- **Wir wollen** die Pünktlichkeit des öffentlichen Verkehrs verbessern.
- **Wir wollen** günstigere und anbieterübergreifende Fahrkarten.
- **Wir wollen** einen besseren Reisekomfort in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- **Wir wollen** an Bahnstationen oder zentralen Punkten Mobilitätsstationen einrichten, die Bahn- und Buslinien mit Carsharing-Angeboten, Fahrradabstellplätzen, Park-and-Ride- Parkplätzen, dem Verleih von Fahrrädern oder E-Scootern bei kurzen Wegen für Zufussgehende verbinden und so eine multimodale Mobilität attraktiv zu machen.

- **Wir wollen** Rufbus Angebote zu einem zukunftsweisenden On-Demand-Verkehr ausbauen.
- **Wir wollen** einen Masterplan für Ruftaxis, Bürgerbusse und On-Demand-Verkehre für die ländlichen Räume.
- **Wir wollen** die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln konsequent durchsetzen.
- **Wir wollen** Sanierung und Ausbau von Bahnstrecken für den Nahverkehr voranbringen.
- **Wir wollen** den weiteren Ausbau eines Ladesäulen Netzes für E-Fahrzeuge.
- **Wir wollen** den Aufbau eines Netzes von Wasserstofftankstellen.
- **Wir wollen** Berufspendler:innen, Studierende, Menschen in Ausbildung und Menschen in besonderen Lebenslagen bei Tarifvergünstigungen stärker berücksichtigen.
- **Wir wollen** dem Erhalt, der Sanierung und dem Ausbau bestehender Straßen allgemein Vorrang vor Straßenneubau geben.

- **Wir wollen** stärkere Kontrollen und gegebenenfalls Einschränkung des Schwerlastverkehrs (Tempo 30) durch kleinere Ortschaften, um den erheblichen Verschleiß der Fahrbahndecken und damit die Beeinträchtigung der Anwohnerschaft verringern.
- **Wir wollen** Schienen-, Bus-, Rad- und Fußverkehr Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr geben. Hierzu gehören mehr und bessere Rad- und Gehwege, das Etablieren von Busspuren sowie Ampel-Vorrangschaltungen für Bus und Straßenbahn.
- **Wir wollen** bessere Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmitteln.

## Regionale Wärmenetze ausbauen und regionale Wertschöpfung der Energieproduktion fördern

Der Aufbau regionaler Fernwärmenetze hat positive Effekte für Umwelt und Klima, fördert die regionale Wertschöpfung und stärkt die Autarkie der Kommunen. Darüber hinaus wirken die Investitionen in den Ausbau regionaler Fernwärmenetze als Treiber für den Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft. Seit 2021 ist eine Kommunale Wärme- und Kälteplanung gesetzlich vorgeschrieben. Bürger:innenbeteiligung, Direkt-einspeisung der produzierten Energie oder vergünstigte Tarife für Anwohner:innen erhöhen die Attraktivität und Akzeptanz von Windparks oder Freiflächenphotovoltaik.

- **Wir wollen** Erneuerbare Energien fördern und regionale Fern- und Nahwärmenetze aufbauen.
- **Wir wollen** sozial gerechte Bürger:innenbeteiligungen an Energieprojekten.

## Langfristige Sanierungsstrategien für bestehende Gebäude entwickeln

Die Kommunen haben die Verpflichtung, Bestandsgebäude bis 2050 durch Energieeffizienzmaßnahmen und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien nachhaltig zu sanieren. Hierbei sollte ein besonderer Fokus auf den Bereich der Wärmeengewinnung gerichtet

werden. Die Nutzung von Wärmenetzen, Geothermie und Eisspeichern bietet den größten Gewinn für die Umwelt und die nachfolgenden Generationen.

- **Wir wollen** die Nutzung der Solarenergie ausbauen, sowohl als Photovoltaik zur Stromgewinnung wie auch als Solarthermie zur Wärmeengewinnung.
- **Wir wollen** die Einrichtung von Strom-Clouds, um auch Gebäude ohne geeignete Dachflächen zu versorgen.
- **Wir wollen** die Verwendung umweltfreundlicher Dämmstoffe wie Seegras, Wellpappe, Jute oder Blähton bei der Wärmedämmung.
- **Wir wollen** Zertifizierung für nachhaltiges Bauen bei der Planung von Neubauten vorschreiben. Nachhaltige Immobiliennutzung bedeutet auch, Strategien zur Umnutzung alter Immobilien zu entwickeln.
- **Wir wollen** Nachverdichtung statt Flächenverbrauch bei Neubauten durch Lückenbebauung sowie die Nutzung von Ruinengrundstücken und Abriss bedürftigen Häusern.



## Solarenergie planbar ausbauen

Nachdem Schleswig-Holstein beim Ausbau der Windenergie Vorreiter war, müssen wir endlich auch die Chancen nutzen, die die Solarenergie bietet. Nach Jahrzehnten des Bremsens durch die Bundespolitik



können Kommunen vor Ort die Weichen stellen, um Photovoltaik und Solarthermie zu einem weiteren Baustein der Energiewende zu machen.

- **Wir wollen** die Nutzung der Solarenergie ausbauen, sowohl als Photovoltaik zur Stromgewinnung wie auch als Solarthermie zur Wärmeengewinnung.
- **Wir wollen** die Einrichtung von Strom-Clouds, um auch Gebäude ohne geeignete Dachflächen zu versorgen.
- **Wir wollen** auf kommunalen Gebäuden und Gewerbeanlagen bei Sanierung und Neubau standardmäßig Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen errichten.
- **Wir wollen** klare Regeln bei der Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Um Flächenfraß zu vermeiden, muss die Nutzung bereits versiegelter Flächen Vorrang vor der Erschließung neuer Freiflächen haben.
- **Wir wollen** eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der Planung und Errichtung von Photovoltaikanlagen.
- **Wir wollen** Häuser mit Photovoltaik-Dachanlagen bei der Planung und Ausweisung neuer Baugebiete bevorzugen.
- **Wir wollen** Photovoltaik auf privaten Dachflächen stärker fördern.
- **Wir wollen** einen natur- und umweltverträglichen Bau von Photovoltaikanlagen.
- **Wir wollen** keine finanziellen Belastungen bei der Nutzung des eigenen erneuerbaren Stroms.
- **Wir wollen** einen schnelleren Ausbau der Stromnetze. Dabei ist im Vorfeld eine frühzeitige Beteiligung der Bürger:innen zu gewährleisten.
- **Wir wollen** Vorfahrt für erneuerbaren Strom bei der Netzeinspeisung.
- **Wir wollen** eine stärkere Entwicklung von Speichertechnologien.

## Fahrradinfrastruktur modernisieren und ausbauen

Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrischen Hilfsantrieb, ist ein emissionsfreies, umweltfreundliches und dennoch schnelles und günstiges Verkehrsmittel, das sehr viel zur Verkehrsverlagerung beitragen kann – wenn die Infrastruktur stimmt. Hier sind unsere Nachbarn in Dänemark und den Niederlanden uns weit voraus. Wir sollten uns an diesen Vorbildern orientieren, moderne Radwege und ausreichende Abstellmöglichkeiten errichten sowie die Sicherheit von Radfahrenden höher priorisieren. Insbesondere auf kürzeren Strecken bis 5 oder 10 km kann das Fahrrad am ehesten das Auto ersetzen. Lademöglichkeiten für E-Bikes und abschließbare Unterstände für Räder inklusive Gepäck (Tourismus, Einkaufspendeln) steigern die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel noch weiter.

- **Wir wollen** Planung und Bau neuer Radwege nach modernen Standards.
- **Wir wollen** möglichst geradlinige sowie kreuzungs- und ampelarme Radwege nach niederländischem Vorbild.
- **Wir wollen** den Ausbau von Abstell- und Lademöglichkeiten unter Berücksichtigung von E-Bikes und Lastenrädern.
- **Wir wollen** ein innerörtliches Tempolimit von 30 km/h auf Straßen, die nicht vorrangig dem Durchgangsverkehr dienen, um die Sicherheit von Radfahrenden und anderen Verkehrsteilnehmern zu erhöhen.

## Umweltschutz mit den Menschen

Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss der Schutz von Natur und Umwelt unbedingt seinen hohen Stellenwert behalten. Raubbau an der Natur ist ein Rückschritt; wir sind darauf angewiesen, unsere natürlichen Ressourcen zu erhalten und zu schützen. Es müssen neue Perspektiven für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft geschaffen werden.



Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, müssen aber stärker miteinander verbunden werden.

Artenvielfalt und Biodiversität sind durch dauernde Flächenkonkurrenz von Energieerzeugung, Landwirtschaft, Naturschutzflächen, Wohnraum, Tourismus, Gewerbe und andere Infrastruktur stark bedroht. Wälder, Moore und das Wattenmeer bieten Lebensräume für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten und dienen dem Klimaschutz.

Doch es gehen landesweit mehr und mehr Arten und Lebensräume verloren, was mit dem Verlust von existenziellen Ökosystemleistungen einhergeht. Diese Herausforderungen müssen ganzheitlich und gemeinsam gelöst werden – nur in einer gesunden Umwelt kann es gesunde Menschen geben.

- **Wir wollen** massive Anstrengungen zum Erhalt der Biodiversität unternehmen.
- **Wir wollen** bei der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen Energieerzeugung, Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam planen und durchführen. Dies ist durch einfache Maßnahmen umsetzbar.

- **Wir wollen** Flächenkonkurrenz durch Doppelnutzung reduzieren. Hier müssen die Kommunen über die regulatorischen Vorgaben hinausgehen und durch eine ganzheitliche Bauleitplanung frühzeitig steuern.
- **Wir wollen** Flächen für Wald-Neuanpflanzungen schaffen.
- **Wir wollen** eine verstärkte Umsetzung des Moorschutzprogramms durch das Land gemeinsam mit Kommunen, Stiftungen oder Vereinen.
- **Wir wollen** das Insekten- und Bienensterben durch Bewahrung von Naturschutzflächen, Renaturierung von Flächen und mehr Naturräume in den Städten bekämpfen.
- **Wir wollen** die Stärkung der unteren Naturschutzbehörden in Kreisen und Kommunen.
- **Wir wollen** regionale und ökologische Anbauprojekte fördern und regionale Vermarktungskonzepte mit der Landwirtschaft entwickeln.
- **Wir wollen** die Vermeidung von Spritzgiften auf kommunalen Flächen (wg. Insekten- und Bienensterben).



# Wir wollen bürgernahe und transparente Kommunen



Die leider oft unterschätzte Bedeutung der Kommunalpolitik besteht darin, dass Beschlüsse von der Gemeinschaft vor Ort gefällt werden. Dort können die Menschen am ehesten beurteilen, was für sie erforderlich ist. Kommunalpolitik hat immer unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen vor Ort. Deshalb ist es wichtig, dass die Mitwirkung der Bürger:innen sich nicht nur auf die Stimmabgabe zur Kommunalwahl alle fünf Jahre beschränkt. Bei wichtigen Vorhaben muss die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend einbezogen werden.

Der SSW setzt sich für eine bürgerfreundliche kommunale Verwaltung ein, die ihren Service wohnortnah anbietet und in den Dienst der Bürger:innen stellt. Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen besser genutzt und neue Modelle der Bürger:innenbeteiligung und einer „gläsernen Verwaltung“ erprobt werden. Die von der schwarz-grünen Landesregierung geplante Einschränkung der Bürger:innenbegehren lehnen wir entschieden ab. Dies wäre ein demokratischer Rückschritt für unser Land.

Sitzungen kommunaler Ausschüsse müssen grundsätzlich öffentlich sein und den Bürger:innen ein unkomplizierter Zugang zu kommunalen Daten gewährt werden. Aushänge in Schaukästen und verklausulierte Zeitungsanzeigen werden der heutigen Lebenswirklichkeit nicht mehr gerecht.

Zum Beispiel bei größeren Planungs- und Bauvorhaben sollten alle Informationen im Internet abrufbar sein und unmittelbar Betroffene direkt angeschrieben werden.

- **Wir wollen** bürgernahe Verwaltungen mit mehr digitalen Lösungen.
- **Wir wollen** grundsätzlich öffentliche Sitzungen kommunaler Ausschüsse.
- **Wir wollen** die Bereitstellung aller Tagesordnungen und relevanten Unterlagen kommunaler Gremien im Internet.
- **Wir wollen** eine proaktive, aufsuchende Information und Kommunikation von Seiten der Kommunalverwaltungen.
- **Wir wollen** eine kritische Überprüfung von Verwaltungsabläufen, um unnötige Aufgaben und Doppelstrukturen zu reduzieren.

# Wir wollen eine kommunale Finanzpolitik mit sozialem und kulturellem Augenmaß



Seit Jahren sind die Kommunen und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein unterfinanziert. Hohe Abhängigkeit von konjunkturbedingten Einnahmen bei immer mehr steigenden Sozialausgaben und Investitionsbedarfen lassen Kommunen und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker:innen nur einen geringen finanziellen Handlungsspielraum. Bund und Land dürfen den Kommunen nicht immer weitere Aufgaben aufbürden, ohne dies auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Hier muss dringend Abhilfe geleistet und die kommunale Finanzierung reformiert werden. Hier geht es auch um eine gerechtere Lastenverteilung zwischen kreisfreien Städten, Kreisen und Kommunen: Wer Aufgaben zum Wohle einer ganzen Region wahrnimmt, muss hierfür auch das nötige Geld erhalten.

Der SSW steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die notwendige Mittel für soziale Initiativen, Kulturangebote und notwendige Investitionen in Schulen und Kitas bereitstellt und gleichzeitig darauf achtet, dass die kommunalen Haushalte nicht zu stark belastet werden. Bis Bund und Land die kommunalen Haushalte finanziell besser ausstatten, müssen wir die kommunale Verschuldung niedrig halten und unseren Handlungsspielraum möglichst groß halten. Dazu gehört auch, in der Kommunalpolitik klare Prioritäten zu setzen.

- **Wir wollen** eine neue Finanzverfassung des Bundes, die den Kommunen einen größeren Anteil der Steuereinnahmen des Staates sichert und so neue Gestaltungsspielräume für die Politik vor Ort schafft.
- **Wir wollen** die Einführung des Konnexitätsprinzips – wer den Kommunen neue Aufgaben auferlegt, muss sie auch bezahlen – auch für den Bund, nicht nur für das Land.
- **Wir wollen** eine Entschuldung der Altschulden besonders belasteter Kommunen.
- **Wir wollen** eine sozial und kulturell ausgewogene Haushaltskonsolidierung, bei der notwendige Einsparungen nicht auf Kosten von Menschen mit geringen Einkommen oder kultureller Angebote gemacht werden.
- **Wir wollen** die Gleichstellungsbüros in den Gemeinden und Städten mit einer Erhöhung der Hauptamtlichkeit stärken.



# Zur Kommunalwahl gehen und SSW wählen

Kreise und Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Es ist sehr wichtig, dass diese lokale Demokratie durch eine hohe Wahlbeteiligung gestärkt wird. Unsere Kandidat:innen sind ganz normale Menschen, die ehrenamtlich politisch tätig sein wollen; sie haben Unterstützung für ihr Engagement verdient.

Wir fordern alle Bürger:innen auf, bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023 zur Wahl zu gehen um ihre Stimme abzugeben – und dabei natürlich den SSW, die Partei der dänischen Minderheit und nationalen Friesen, zu wählen, um unsere Region zu stärken.

## *Die Kernforderungen des SSW zur Kommunalwahl 2023:*



**Wir wollen, dass das Leben in den Kreisen und Kommunen bezahlbar bleibt.**



**Wir wollen die Gleichstellung der Angebote für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe.**



**Wir wollen eine echte soziale Gemeinschaft mit mehr Gemeinwohlorientierung und weniger Profitdenken.**



**Wir wollen, dass Kreise und Kommunen den Umwelt- und Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung ernst nehmen.**



**Wir wollen bürgernahe und transparente Kommunen.**



**Wir wollen eine kommunale Finanzpolitik mit sozialem und kulturellem Augenmaß.**

***Darum am 14. Mai den SSW wählen!***

*Din  
manerhäid.  
Din partai.*

**SSW**   
*For üs önjt norden.*

*Damit das Leben  
bezahlbar bleibt.*

**SSW**   
*Jetzt erst recht!*



*Dit  
mindretal.  
Dit parti.*



**SSW**   
*For os i Sydslesvig.*

**SSW** 

*Jetzt erst recht!*

**Am 14. Mai ist  
Kommunalwahl.**

**Deine Stimme  
für den SSW.**

